

**Vorlage für die Sitzung der  
STÄDTISCHEN Deputation für Inneres  
am 04. Mai 2017**

Vorlage Nr. 19/127

Zu TOP 4 der Tagesordnung

## **Prozessoptimierung bei der Passausstellung**

### **A. Problem**

Am 03.06.2016 wurden im Stadtamt, BürgerServiceCenter-Mitte, Unregelmäßigkeiten bei der Bearbeitung von zwei Passanträgen festgestellt. Die interne Prüfung ergab, dass die Pässe von einer Sachbearbeiterin für unberechtigte Personen ausgestellt worden sind. Das Stadtamt unterrichtete zeitnah die Polizei und beendete das Beschäftigungsverhältnis.

Stadtamtsinterne Untersuchungen ergaben, dass die Sachbearbeiterin in insgesamt 15 Fällen für unberechtigte Personen Ausweispapiere ausgestellt hat. In neun Fällen wurden Totalfälschungen hergestellt. In fünf Fällen wurden falsche Pässe auf Identität existierender Bremer Bürger ausgegeben. In einem Fall wurde trotz ausländischer Staatsbürgerschaft ein Deutscher Pass ausgestellt.

Die falschen Pässe wurden zeitnah zur Fahndung ausgeschrieben. Sie konnten z.T. sichergestellt und Inhaber in Haft genommen werden. Die strafrechtlichen Ermittlungsverfahren sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

Parallel wurde die zentrale Innenrevision SI mit der Untersuchung der Prozessabläufe beauftragt. Ziel der Untersuchung war die Bewertung der Prozessabläufe in den BürgerServiceCentern unter Sicherheitsaspekten sowie ggf. die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen.

### **B. Lösung**

Kurzfristig wurde der Prozessablauf in den BürgerServiceCentern durch die Innenrevision untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Abläufe im Wesentlichen sicher gestaltet sind. Die Sachbearbeiterin hat sich in krimineller Weise über die vorhandenen Vorschriften hinweggesetzt. Die durch das Fachverfahren gewährleistete, vollständige Dokumentation erlaubt die Überprüfung der von ihr bearbeiteten Fälle und die Feststellung ihrer Tathandlungen.

Dennoch sind weitere Verbesserungen zur Risikominderung, Erhöhung des Entdeckungsriskos und Qualitätssicherung möglich, die allerdings z.T. mit zusätzlichen (Personal)kosten und Einschränkungen für den Bürgerservice verbunden sind. Um angemessene Empfehlungen treffen zu können, wurde ergänzend eine Städteumfrage durchgeführt.

Wie dem anliegenden Zwischenbericht II vom 09.02.2017 entnommen werden kann, wurden neun Empfehlungen zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus bei der Passausstellung erarbei-

tet. Die Empfehlungen sind mit den Verantwortlichen abgestimmt und mit Maßnahmen und Fristen hinterlegt. Im Laufe dieses Jahres wird die Umsetzung der Empfehlungen abgeschlossen sein.

#### **D. Finanzielle oder personalwirtschaftliche Auswirkungen; Genderprüfung**

Nach jetziger Einschätzung bewegen sich die finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen im Rahmen des normalen Haushaltsbudgets. Auswirkungen, die unter Gleichstellungsaspekten zu beurteilen wären, sind nicht zu erwarten.

#### **F. Beschlussvorschlag**

Die städtische Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis.